

Information nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Sozialwesen

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:	Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:
Gemeinde Bad Kohlgrub Hauptstraße 29 82433 Bad Kohlgrub Telefon: +49 8845 7490-0 E-Mail: gemeinde@bad-kohlgrub.de	actago GmbH Weißenstraße 66 94405 Landau Telefon: +49 9951 99990-20 E-Mail: datenschutz@actago.de
Stand: April 2024	

Zwecke der Datenverarbeitung:
Aufgaben nach dem Sozialgesetzbüchern und den Sozialversicherungsgesetzen, dazu gehören u. a. <ul style="list-style-type: none">▪ Amtshilfe bei der Beantragung von sozialen Leistungen, Wohngeld, Wohnberechtigungen, Grundsicherung, Zuschüssen sowie für Sozialgerichte und Versicherungsträger.▪ Schwerbehindertenangelegenheiten, u. a. Parkerleichterungen, Parkausweise.▪ Asyl-, Flüchtlings-, Integrations-, Evakuierten- und Spätaussiedlerangelegenheiten;▪ Sozialarbeiten Kinder, Jugend, Behinderte, Schule, Senioren, Familien, Bürgerliches Engagement. Spendenaufrufe.

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:
<ul style="list-style-type: none">▪ Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i. V. m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG.▪ Gemeindeordnung (GO), Ortsrecht (Satzungen, Beschlüsse usw)..▪ Sozialgesetzbücher (SGB), Straßenverkehrsordnung (StVO), Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RbStV), Bayerisches Wohnungsbindungsgesetz (BayWoBindG), Wohnungsbaugesetz (WoBauG), Bayerisches Wohnraumförderungsgesetz (BayWoFG), Wohngeldgesetz (WoGG), Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), Unterhaltssicherungsgesetz (USG), Landesstraf- und Verordnungsgesetz (LStVG).

Quelle der Daten, wenn sie nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden:
Neben den direkt bei Ihnen erhobenen Daten werden Daten auch vom Landratsamt und von anderen Behörden im Rahmen des Amtshilfefahrens erhoben. Übermittelt werden die für den jeweiligen Sachverhalt erforderlichen Daten.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:
<ul style="list-style-type: none">▪ Bedienstete/Organisationseinheiten in der Verwaltung, die in den Bearbeitungsprozess einbezogen sind.▪ Dienstleister im Rahmen der Auftragsverarbeitung, dazu gehören Systembetreuer und IT-Dienstleister, die für uns tätig sind und im Zusammenhang mit der Wartung und Pflege der Systeme ggf. auch Kenntnis von Ihren Daten erhalten.▪ Zuständiger Träger der Deutsche Rentenversicherung und zuständige Krankenkasse, Amt für Familie und Soziales, Landratsamt, Landesrundfunkanstalt.▪ Ggf. weitere öffentliche Stellen im Rahmen der Amtshilfe wie z. B. Polizei, Jobcenter.▪ Ggf. Vermieter, caritative Einrichtungen und Hausverwaltungen.

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation:
Es findet keine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen statt.

Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:
<ul style="list-style-type: none">▪ Anträge auf Rente und Kontenklärung werden an das zuständige Amt weitergeleitet und beim Verantwortlichen nicht gespeichert.▪ Je nach Vorgang werden die Daten nach den jeweils gültigen rechtlichen Vorgaben gespeichert (z. B. Anträge auf Sozialleistungen 20 Jahre nach Abschluss des Vorgangs, Abrechnungsdaten in der Regel 10 Jahre).

Information zu Betroffenenrechten – nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO).
- Recht auf Berichtigung bei unrichtigen personenbezogenen Daten (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO).

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Datenerhebung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Ohne die Bereitstellung der erforderlichen Daten können wir nicht für Sie tätig werden. Die Pflicht zur Bereitstellung kann sich auch aus rechtlichen Vorgaben ergeben.